



Stadtparlament: Einfache Anfragen

Einfache Anfrage Jennifer Deuel-Zumstein: Stadt St.Gallen: Stopp mit dem Drogenhandel und mehr Sicherheit am Bahnhof St.Gallen; Beantwortung

Am 21. Februar 2012 reichte Jennifer Deuel-Zumstein die beiliegende Einfache Anfrage betreffend „Stopp mit dem Drogenhandel und mehr Sicherheit am Bahnhof St.Gallen“ ein.

Der Stadtrat beantwortet die Einfache Anfrage wie folgt:

Gesellschaftliche Entwicklungen, positive wie negative, manifestieren sich in Zentrumsstädten wie der Stadt St.Gallen ganz besonders. Bieten Städte einerseits ein vielfältiges Angebot für alle Lebensbereiche, so sind sie in erhöhtem Mass auch von den Kehrseiten der gesellschaftlichen Entwicklung betroffen. Das zeigt sich insbesondere bei sozialen Problemen und in Sicherheitsfragen. Entsprechend gehen die Städte auch in der Gesetzgebung oft voran. Erwähnenswert sind dabei die Regelung zur polizeilichen Wegweisungs- und Fernhaltungskompetenz, wie sie zuerst in der Stadt Bern und im Jahre 2000 auch in der Stadt St.Gallen¹ geschaffen wurde, sowie die vom Stimmvolk sanktionierte Videoüberwachung auf öffentlichem Grund², welche auch in den beiden Unterführungen des Hauptbahnhofs zur Anwendung kommt.

Ein erhebliches Problem in Zentrumsstädten stellt die Suchtproblematik bzw. der Drogenstrassenhandel dar, der oftmals Asylsuchenden u.a. aus Schwarzafrika zugerechnet werden muss. Auch wenn die Sicherheit in der Stadt St.Gallen objektiv nach wie vor als gut beurteilt werden kann, wird das Sicherheitsgefühl (subjektive Sicherheit) der Bevölkerung

¹ Die städtische Regelung wurde durch die Aufnahme von entsprechenden Bestimmungen in Art. 29 lit. d und Art. 29bis f. Polizeigesetz (sGS 451.1) per 1. Januar 2009 derogiert.

² Vgl. Art. 3 Abs. 2 ff. Polizeireglement (sRS 412.11) und das Reglement über die Videoüberwachung auf öffentlichem Grund (sRS 412.4).



durch den Drogenstrassenhandel insbesondere an neuralgischen Punkten wie dem Hauptbahnhof beeinträchtigt. Daran ändert letztlich nichts, dass für die Passantinnen und Passanten erfahrungsgemäss keine Gefahr besteht.

Ein Schwerpunkt in der polizeilichen Arbeit ist es, den Drogenhandel, unabhängig von Aufenthaltsstatus, Herkunft oder Hautfarbe der beteiligten Personen, unter Einsatz der zur Verfügung stehenden rechtlichen und personellen Mittel zu bekämpfen. Der Stadtpolizei, die in der Stadt St.Gallen auch für die Aufgaben der Sicherheitspolizei zuständig ist,³ kommt dabei in enger Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei eine zentrale Bedeutung zu. Sie führt ihre Kontrollen schwerpunktmässig an den bekannten neuralgischen Punkten durch. Gerade der Hauptbahnhof St.Gallen ist ein „Hot Spot“ im Rahmen der Kontrolltätigkeit, in die auch die SBB-Transportpolizei und die Securitrans miteinbezogen werden.⁴ Im Jahre 2011 wurden dort 1'196 spezifische Kontrollen durchgeführt (2010: 1'006). Generell gilt, dass festgestellte Verstösse gegen die Betäubungsmittelgesetzgebung bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht werden. In der Stadt St.Gallen ergingen in diesem Zusammenhang im vergangenen Jahr auch 348 Wegweisungen mit Fernhaltungen. Auf Grundlage der Ausländergesetzgebung wurden überdies insgesamt 85 Ausgrenzungsanträge⁵ an das kantonale Migrationsamt gestellt (2010: 84 / 2009: 28).

Danebst wird das Instrument der Wegweisung mit Fernhaltung aber auch konsequent gegenüber Personen angewendet, bei denen aufgrund bestimmter Verhaltensweisen der Verdacht auf die Beteiligung am Drogenhandel besteht, ohne dass ausreichendes Belastungsmaterial für eine Strafanzeige gegeben ist. 2011 sprach die Stadtpolizei diesbezüglich 456 Wegweisungen mit Fernhaltungen aus, vorwiegend gegen Personen afrikanischer Herkunft.

Wegweisungen mit Fernhaltungen erweisen sich nach wie vor als geeignetes und wirksames Mittel gerade in der polizeilichen Bekämpfung des Drogenstrassenhandels. Die Unterbindung und Ahndung von Betäubungsmitteldelikten hängt in erster Linie von der polizeilichen Kontrolltätigkeit ab. Die Stadtpolizei hat ihre Kontrolltätigkeit an den einschlägigen Örtlichkeiten gerade aufgrund der bestehenden Drogenproblematik sukzessive verstärkt, was

³ Vgl. Art. 24 i.V.m. Art. 13 lit. a Polizeigesetz (SGS 451.1).

⁴ Im Jahr 2010 wurde unter Beteiligung von SBB, Thurbo, Stadtpolizei, Kantonspolizei, SBB-Transportpolizei, Securitrans, VBSG und städtischem Tiefbauamt ein „Sicherheitszirkel SBB“ ins Leben gerufen, der in allgemeiner Hinsicht mit der Optimierung der Sicherheit und Ordnung beim Hauptbahnhof St.Gallen befasst ist.

⁵ Vgl. Art. 74 Ausländergesetz (SR 142.20).



sich entsprechend auch in den Fallzahlen betreffend Wegweisungen mit Fernhaltungen niederschlägt.⁶

Allgemein sind relativ wenige Verstösse gegen polizeiliche Wegweisungen mit Fernhaltungen festzustellen. Allerdings findet im straff organisierten Drogenstrassenhandel häufig eine Substitution statt: Personen, welche aufgrund ihrer Verwicklung in entsprechende Geschäfte repressive staatliche Massnahmen auferlegt erhalten, werden regelmässig umgehend ersetzt. Dennoch kann der Drogenstrassenhandel mit polizeilichem Kontrolldruck deutlich eingedämmt und die Entstehung einer offenen Drogenszene verhindert werden.

Zu beachten ist im Rahmen der Bekämpfung der Drogenkriminalität, dass die Polizei in den vergangenen Jahren aus rechtsstaatlichen Erwägungen auf ein geeignetes Instrument verzichten musste: Noch bis ins Jahr 2008 konnte die Stadtpolizei in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei auch Scheinkäufe im Drogenbereich durchführen. Mit seinem Entscheid vom 16. Juni 2008⁷ unterband das Bundesgericht dieses Vorgehen, indem es polizeiliche Scheinkäufe als Massnahmen der präventiven verdeckten Ermittlung einstufte. In der Folge konnten diese Scheinkäufe im Drogenmilieu nicht mehr durchgeführt werden, was eine erhebliche Einschränkung der polizeilichen Wirkungsmöglichkeiten bedeutete. Dieser unbefriedigenden Situation soll nun mit einem Nachtrag zum Polizeigesetz⁸ begegnet werden. Mit dieser neu zu schaffenden gesetzlichen Grundlage werden Scheinkäufe durch die Polizei inskünftig wieder zulässig. Zur Bekämpfung des Drogenstrassenhandels ist dieses Instrument ausserordentlich wirkungsvoll.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Einfache Anfrage vom 21. Februar 2012

⁶ Im Jahr 2011 erfolgten in der Stadt St.Gallen insgesamt 961 Wegweisungen mit Fernhaltungen. Im Jahr 2010 waren es 529 und im Jahr 2009 431.

⁷ BGE 134 IV 266.

⁸ Vgl. den geplanten X. Nachtrag zum Polizeigesetz; siehe ABl 2012, 181.

